

FORDERUNGEN ASYL UND MIGRATION

- **Sofortige Beseitigung der Zeltlager und Überstellung der Flüchtlinge in leerstehende öffentliche Gebäude oder Privatquartiere.** Zelte sind keine Lösung und auch nicht notwendig. Die rechtlichen Grundlagen müssen vom zuständigen Ministerium geschaffen werden.
- **Sofortige Behebung der Missstände in den Massenquartieren.** Die Volkshilfe fordert von der Politik einen konstruktiven Dialog in der Grundversorgung von Flüchtlingen in Österreich, dazu gehört vor allem ein **Planungs- und Notfallmanagement, das nicht auf den Rücken von Flüchtlingen ausgetragen wird.**
- **Sofortige Übernahme sämtlicher Unbegleiteter Minderjähriger Flüchtlinge in die Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe der Bundesländer, zu den gleichen Unterbringungsstandards wie für österreichische Kinder.** Dazu gehört die Einvernahme Minderjähriger durch speziell qualifiziertes Personal, Unterbringung der Minderjährigen entsprechend ihrem Alter und ihrer Entwicklung, Beratung und Begleitung von Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen durch DolmetscherInnen und SozialarbeiterInnen und keine Verhängung der Schubhaft an UMFs. Außerdem müssen die Tagsätze für UMF auf das Niveau der Kinder- und Jugendhilfe erhöht werden.
- **Anhebung des Tagsatzes und aller anderen Mittel, die die Betreuung und Grundversorgung von schutzbedürftigen Menschen verbessert.** Die aktuellen Tagsätze, die für die Unterbringung gezahlt werden, sind zu gering, um angemessene Quartiere bereitzustellen. Kleine Einheiten sind damit nicht leist- und organisierbar, darunter leiden jedoch die Flüchtlinge, da enge Unterbringungen, wenig Licht, nicht ausreichende Sanitäreinrichtungen und keine Essens- und Kochmöglichkeiten bei traumatisierten Menschen zu einer Verstärkung der schwierigen gesundheitlichen und psychosozialen Lage führen.
- **Ein Nationaler Aktionsplan Asyl,** der klare und standardisierte Abläufe und Zuständigkeiten für unterschiedliche Szenarien berücksichtigt. Unter anderem sollte dabei ein klarer Ablauf bei der Übergabe von jungen Flüchtlingen in die Kinder- und Jugendhilfe sowie in die Aufnahme von jungen Flüchtlingen in Schulen festgeschrieben werden.
- Restriktive Regelungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt bedingen eine Verschärfung von Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung, sie führt zu Dequalifizierung und erschwert spätere Integration in den Arbeitsmarkt. **Wir fordern deshalb eine sofortige Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylsuchende, die bereits länger als 6 Monate im Asylverfahren sind.** Jeder Mensch sollte die Gelegenheit haben, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die frei gewählt wurde.

Für Rückfragen:

Mag.^a Marina Einböck | Leitung Sozialpolitik | +43 (676) 83 402 225 | marina.einboeck@volkshilfe.at

Melanie Rami, MA | Presse- und Öffentlichkeitsarbeit | +43 (676) 83 402 228 | melanie.rami@volkshilfe.at